

an

Herrn Pfarrer R. P e s t a l o z z i ,
Präsident des evangelischen Kirchenrates des Kantons St.Gallen,
Goethestrasse 29,

ST. G A L L E N .

Sehr geehrter Herr Präsident,

Wir danken Ihnen für Ihr an den Bundesrat gerichtetes Schreiben vom 29. Juli d.J., worin Sie uns Kenntnis geben von einer am 24. Juni durch die evangelische Synode des Kantons St. Gallen angenommenen Resolution zur Frage der Atomgefahr.

In Beantwortung Ihrer Entschliessung beehrt sich der Bundesrat, Ihnen zu versichern, dass er für die darin zum Ausdruck gebrachte Besorgnis volles Verständnis hat. Er ist sich der Schwere der drohenden Gefahren bewusst und schenkt den durch Atomrüstung und Kernwaffenversuche hervorgerufenen Problemen nach wie vor die grösste Aufmerksamkeit. Mit Ihnen und dem ganzen Schweizervolke hofft er, es werde baldmöglichst ein internationales, durch ein wirksames Kontrollsystem gesichertes Abrüstungsabkommen die Einstellung der Versuche und das Verbot der Atomwaffen bringen und die Menschheit von dem seit Jahren auf ihr lastenden Alpdruck befreien.

Wie Sie wissen, hat der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements am 12. Juni in einer Erklärung vor dem Ständerat den Standpunkt des Bundesrates in diesen Fragen dargelegt, welcher dahin geht, dass offizielle Schritte schweizerischerseits im heutigen Zeitpunkt nicht angebracht erscheinen, da sie unter den gegebenen Umständen keinerlei Aussicht auf Erfolg hätten.

Die Organisation der Vereinten Nationen, welcher heute beinahe sämtliche Staaten der Welt angehören, befasst sich nämlich seit längerer Zeit intensiv mit den hier aufgeworfenen Fragen: ein besonderes wissenschaftliches Komitee, das der Generalversammlung der Vereinten Nationen Bericht erstattet, widmet sich - in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen aller Länder, auch der Schweiz - dem Studium der radioaktiven Strahlungen, und der Unterausschuss der Abrüstungskommission sucht ernsthaft - wenn auch bisher bedauerlicherweise ohne Erfolg - nach einer positiven Lösung der ausserordentlich schwierigen und untereinander zusammenhängenden Probleme der allgemeinen Abrüstung, des Verbotes der Kernwaffen und der Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche.

- 2 -

Das Abrüstungsproblem im weitesten Sinne kann zweifellos am wirksamsten im Rahmen einer Organisation universellen Charakters behandelt werden, wobei die Beteiligung der massgebenden Grossmächte unerlässliche Voraussetzung ist. Aussicht auf wirklichen und dauerhaften Erfolg werden derartige Verhandlungen allerdings erst haben können, wenn die führenden Staatsmänner zur festen Ueberzeugung gelangen, dass in den zwischenstaatlichen Beziehungen Gewalt und Zwang als Mittel zur Lösung von Streitigkeiten beim heutigen Stand von Wissenschaft und Technik völlig untauglich und sinnlos geworden sind.

Die Frage, welche die Menschheit heute am unmittelbarsten beschäftigt, ist diejenige nach den Auswirkungen der durch die Kernwaffenversuche ausgelösten Strahlungen. Die Gelehrten sind sich darüber bekanntlich nicht einig, doch die herrschende Ungewissheit genügt begreiflicherweise, um in der Weltöffentlichkeit grösste Beunruhigung hervorzurufen. Was die Strahlungseinflüsse auf unser Land betrifft, hat der Bundesrat die im vergangenen Herbst gebildete Eidgenössische Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität, welcher namhafte Wissenschaftler angehören und die ein ausgedehntes Mess- und Kontrollprogramm durchführt, ersucht, ihm Bericht zu erstatten. Auf internationaler Ebene sollte die vitale Frage nach den Auswirkungen der Strahlungen wenigstens vorläufig entpolitisiert und einer Konferenz der dazu am meisten berufenen Gelehrten vorgelegt werden können, welche sich - auf rein wissenschaftlicher Ebene und ausserhalb jeder politischen Erwägung - über die Risiken und Gefahren der Versuchsexplosionen aussprechen hätten. Die Erkenntnisse, zu denen diese Wissenschaftler gelangen würden, müssten sowohl für die Organe der Vereinigten Nationen, die sich mit der Abrüstungsfrage befassen, als auch für die Atom-Mächte wegleitend sein. Selbstverständlich wäre der Bundesrat jederzeit bereit, einem internationalen Gelehrtenkongress dieser Art in unserem Lande Gastrecht zu gewähren; die Initiative dazu kann er unter den heutigen Umständen aus den dargelegten Gründen nicht ergreifen.

Der Bundesrat hofft, dass Sie auf Grund des Gesagten seiner heutigen Haltung zur Atomfrage Verständnis entgegenbringen können. Er versichert Ihnen, dass er die Entwicklung der Lage weiterhin mit voller Aufmerksamkeit verfolgen und nicht zögern wird, die ihm zweckmässig erscheinenden Schritte zu unternehmen, sobald die Aussicht besteht, dass er dadurch die die ganze Menschheit bewegenden Fragen einer positiven Lösung näher bringen und der Sache des Friedens dienen kann.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, 9. August 1957.

Aus Auftrag des Bundesrates,
der Bundeskanzler: